debatte

Prävention statt Dialog

Der Zentralrat der Juden will die Begegnung mit Muslim*innen anstoßen, fällt aber auf die üblichen Stereotype zurück. Und verpasst so eine große Chance

Foto: P.-A. Hasselpflug

Max Czollek geboren 1987 in Berlin, ist Lyriker, Essayist und Herausgeber des Magazins *Jalta – Positionen zur jüdischen Gegenwart*. Sein Sachbuch „Desintegriert euch!" erschien letztes Jahr im Carl Hanser Verlag. Die nächste Lyrik-Monografie ist für den Herbst 2019 geplant.

„Prävention durch Dialog" heißt ein neues Programm, das der Zentralrat der Juden in Deutschland mit Unterstützung der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz, durchführen wird. Dabei soll es um die Begegnung von Juden*Jüdinnen und Muslim*innen gehen. Den Titel muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Prävention durch Dialog. Prävention wovor? Oder eher: vor wem?

Laut Deutschlandfunk erklärte der Vorsitzende des Zentralrats Josef Schuster, es gehe um eine „Begegnung auf Augenhöhe", mit der „Vorbehalte abgebaut werden sollten". Das Programm sei eine Antwort auf „Antisemitismus in Teilen der muslimischen Gemeinschaft sowie auf Angriffe von Rechtsextremisten und Islamisten", denen sowohl Juden als auch Muslime ausgesetzt seien.

*Die muslimische Seite wird nicht als Gegenüber verstanden, sondern als verkappte Islamist*innen*

Insofern dieses Projekt ausschließlich auf das Gespräch mit Muslim*innen zielt, bezieht sich der Begriff „Prävention" offensichtlich auf Antisemitismus und Islamismus. Rechtsextremismus ist dem Projekt sozusagen extern. Den enthusiastisch angekündigten, bundesweiten Dialogformaten im Rahmen des Programms entzieht das gleich zu Beginn die Grundlage – denn der Titel „Prävention durch Dialog" formuliert einen Initialverdacht.

Nun ist schon für sich genommen kurios, wie das vom Zentralrat vorgestellte Programm eine jüdische Erfahrung mit der christlichen Mehrheit mit umgekehrten Vorzeichen reproduziert. Zugleich spiegelt sich darin die Bereitschaft vieler deutscher Juden*Jüdinnen, ihren Teil zu jenem Integrationstheater beizutragen, der vonseiten der Bundesregierung als Modus Operandi in Bezug auf Muslim*innen gilt. Dieses Integrationsparadigma beruht auf ebenjenem Generalverdacht, der sich auch im Begriff „Prävention" zeigt: In beiden Fällen sieht man die muslimische Seite nicht als gleichberechtigtes Gegenüber in einem notwendigen Dialog über Religion und Politik, Diskriminierung und Utopie. Sondern als verkappte Islamist*innen.

Der Begriff „Prävention" ist so vielsagend, weil an der Unterstellung der Gewaltförmigkeit des Gegenübers eine stereotype Zuordnung sichtbar wird. Eine solche Unterstellung, nennen wir sie Islamismushypothese, ist keine Basis für einen „Dialog auf Augenhöhe". Und deshalb ist sie auch die falsche Strategie, Antisemitismus und Islamismus unter Muslim*innen tatsächlich zu bekämpfen. Dafür bräuchte es vielmehr eine Stärkung der dialogwilligen und progressiven Kräfte in der muslimischen Community. Aber gerade die spricht der Begriff der Prävention nicht an.

Ohne Zweifel kann man unterschiedlicher Meinung sein, wie groß die Gefahr wirklich ist. Unstrittig sollte sein, dass sie nicht von allen Muslim*innen in Deutschland ausgeht, sondern nur einem Teil. An vielen Stellen sind Muslim*innen eben (auch) Verbündete. Im Maxim Gorki Theater Berlin, in der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus und im jüdisch-muslimischen Gesprächskreis der W. Michael Blumenthal Akademie des Jüdischen Museums Berlin. Und da spreche ich nur von meinem persönlichen Berliner Kontext.

Es gibt längst jüdische Initiativen, die einen Dialog realisieren. Die wohl wichtigste ist das Programm *Dialogperspektiven*, das seit Herbst 2015 läuft und vom Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerk initiiert wurde. Eine Grundlage seines Erfolgs dürfte sein, dass hier eben nicht nur die jüdische und muslimische Seite, sondern Menschen ganz unterschiedlicher religiöser und weltanschaulicher Identitäten einen Dialog über gesellschaftliche Themen führen. Das ist sinnvoll, denn Islamismus und Antisemitismus, Rassismus und Hass auf Muslime sind keine Eigenschaften bestimmter Gruppen, sondern Probleme der deutschen Gesellschaft.

Mit dem Begriff der Prävention erklärt Josef Schuster die Bekämpfung von Antisemitismus und islamistische Gewalt zum Ziel des Dialogs mit Muslim*innen. Damit übernimmt er die offizielle christsoziale *Divide-et-Impera*-Politik, die in einem Beschwören der jüdisch-christlichen Tradition gegen die muslimische Integrations- und Demokratieunfähigkeit besteht. Diese Reproduktion der offiziellen Sichtweise mag ein Grund dafür sein, dass die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung dem Programm auch offiziell die Weihen gegeben hat.

Das Ganze ist außerordentlich schade. Dieses Gesprächsprogramm wäre eine echte Chance gewesen, liberale Kräfte in der muslimischen Gemeinschaft anzusprechen und zu stärken. Dafür hätte es einen anderen Titel und möglicherweise auch eine andere Programmatik gebraucht; es hätte einer umsichtigeren Recherche bedurft, eventuell durch eine Zusammenarbeit mit Initiativen und Programmen. Vor allem hätte dem Projekt eine kritische Distanz zu etablierten Diskursen über „die Muslime" gutgetan. Die Chance scheint nun schon mit Ankündigung des Projekts vertan. Welche*r Muslim*in will schon eine Begegnung auf Grundlage eines Generalverdachts?

Dabei steht außer Zweifel, dass die muslimische und die jüdische Seite von einem Dialog profitieren würden. Es ist ja überhaupt nicht alles gut in Deutschland, weder innerhalb der Communities noch in Bezug auf die Gesamtgesellschaft. In einem Gesprächsformat, das die beiden Seiten tatsächlich auf Augenhöhe zusammenbringt, hätte man Überlebensstrategien in diskriminierenden und gewalttätigen Gesellschaften austauschen können. Man hätte eine auch politische Vision für eine Gesellschaft der Vielen (weiter-)entwickeln können.

Dabei wäre die Sprache zweifelsohne auch auf die Diskriminierung und Gewalt gekommen, die von den Communities selber ausgeht. Aber der Ton macht die Musik. Und diesmal hat der Zentralrat gemeinsam mit der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung den falschen angeschlagen.

Sven Hansen über Präsident Joko Widodos Wiederwahl in Indonesien

Sieg des Opportunismus

Indonesiens „liberaler" Präsident Joko Widodo ist klar wiedergewählt worden. Er hat sogar seinen Vorsprung gegenüber seinem „ultranationalistischen" Widersacher, Ex-General Prabowo Subianto, in Prozentpunkten verdoppeln können. Doch es ist nur auf den ersten Blick ein überzeugender Sieg des liberalen über das nationalistisch-islamistische Lager.

Zum einen erkennt der Unterlegene seine Niederlage nicht an. Prabowo spricht von Unregelmäßigkeiten und Betrug. Angesichts der Größe der Wahl wäre es vermessen zu glauben, sie hätte ganz ohne Unregelmäßigkeiten ablaufen können. Entscheidend ist, dass unabhängige Beobachter keinen systematischen Betrug feststellten. Natürlich haben Wahlverlierer das Recht zur gerichtlichen Überprüfung. Doch damit ist Prabowo schon einmal gescheitert. Seine Klagedrohung sowie die angekündigten Proteste könnten auch der Versuch sein, Zugeständnisse zu erreichen. Schon die vorgezogene Bekanntgabe der Wahlergebnisse zeigt aber, dass die Regierung sich fürchtet. Ein souveräner Umgang mit Drohungen sieht anders aus. Auch dass in Jakarta 32.000 Sicherheitskräfte mobilisiert wurden, zeigt die Verunsicherung.

Zuvor hatte der Wahlkampf im einst für seine religiöse Toleranz bekannten Land den Islamisten Auftrieb gegeben. Joko Widodo, der mal für Toleranz und Mäßigung stand, hat hieran einen großen Anteil. Er hat stets opportunistisch agiert und nicht etwa Menschen- und Minderheitenrechte gegenüber den Islamisten verteidigt. Am deutlichsten wurde dies durch die Ernennung seines Vizepräsidentschaftskandidaten Ma'ruf Amin, eines erzkonservativen Muslimführers. Der hatte 2016 eine Fatwa gegen Jakartas damaligen christlichen Gouverneur Basuki Tjahaja Purnama, genannt Ahok, ausgesprochen. Ahok war bis dahin der engste Verbündete Joko Widodos. Doch der ließ ihn fallen, ohne zu kämpfen.

So erfreulich Widodos Wahlsieg jetzt angesichts seines Herausforderers ist, so unwahrscheinlich ist aufgrund bisheriger Erfahrungen, dass er liberale Traditionen verteidigen und Islamisten in Schach halten wird.

ausland 13

Benno Schirrmeister über die Bremen-Wahl

Aufklärung sells

Symbolisch mag die Bremen-Wahl große Bedeutung haben, zumal für die SPD, die um ihre letzte verbliebene Bastion im föderalen Gefüge bangen muss. Wenn die dortige Landtagswahl aber etwas zeigt, was inhaltlich übers Kleinstland hinaus von Interesse ist, dann doch vor allem, dass ein Hufeisen als Metapher für eine parlamentarische Sitzordnung taugt, aber nicht zur inhaltlichen Beschreibung von Politik. Denn Linkspartei und AfD kämpfen in Bremen zwar um die gleiche Zielgruppe. Beide hoffen zwar auf guten Zuspruch bisheriger NichtwählerInnen. Aber Methoden und Inhalte, mit denen sie um deren Kreuzchen werben, sind maximal gegensätzlich.

Beobachten lässt sich nämlich ein nachhaltiges, rührendes und manchmal rührendes Engagement der Bremer Linken in den zahlreichen Bremer Stadtteilen mit verheerenden Sozialindikatoren, mit hoher Arbeitslosigkeit, schlechtem Bildungsstand und – die mittlere Lebenserwartung differiert in Bremen um acht Jahre zwischen armen und reichen Stadtteilen – frühem Tod. Spätestens seit 2015 wirkt Die Linke dort sowohl aktivierend als auch als verlässliche Ansprechpartnerin, die Anliegen in den durchakademisierten Politikbetrieb trägt, der – nirgends waren Wahlen in Deutschland zuletzt weniger sozial repräsentativ als in Bremen – die Bindung an die Menschen verloren hat.

So etwas wäre der AfD viel zu mühsam: Als Sammelbecken der enthemmten Mitte setzt sie auf kurzfristige Provokation und den Appell an tiefsitzende Ressentiments. Klar lassen sich auch damit Stimmen fangen. Gerade in Bremen sitzen seit jeher rechtsradikale Parteien im Landtag. Dass die AfD damit aber so klein bleiben und hier mit Abstand ihr schwächstes Landtagswahlergebnis einfahren wird, liegt zu einem guten Teil daran, dass hier eine Linkspartei am Werk ist, die linke Politik als Projekt der Aufklärung versteht und betreibt.

Eine solche Linke nutzt der Demokratie. Es ist ihr zuzutrauen, als dritte Kraft aus einer in zwölf Jahren Regierungszeit abgenutzten rot-grünen Koalition ein Bündnis mit Zukunft machen.

schwerpunkt 3

Anja Krüger über neue Instrumente gegen Verkehrsinfarkte

Besser leben mit City-Maut

Die City-Maut ist eines der wichtigsten Instrumente, um den Verkehrsinfarkt in Städten in den Griff zu bekommen. London, Mailand und viele andere Metropolen machen damit gute Erfahrung. Die Gebühr für AutofahrerInnen sorgt für weniger Staus, eine geringere Umweltbelastung und eine höhere Lebensqualität der StadtbewohnerInnen. Noch aber hat keine deutsche Großstadt ernsthaft den Versuch unternommen, auch eine Maut einzuführen. Das wird sich hoffentlich nach dem Vorstoß profilierter ÖkonomInnen für die Einführung der Gebühr ändern. In nahezu allen größeren deutschen Städten sind die Straßen verstopft, ist die Luft verpestet. Das muss sich ändern. Und das wird nur gelingen, wenn erheblich weniger Autos in die Städte kommen, als das heute der Fall ist.

Klar, eine City-Maut alleine reicht nicht, um die Verkehrsprobleme in den Griff zu bekommen. Gleichzeitig muss der öffentliche Nahverkehr ausgebaut und müssen intelligente neue Mobilitätskonzepte zum Einsatz kommen. Dazu gehören die Förderung von Fahrgemeinschaften genauso wie eine kostengünstige Bereitstellung von (E-)Rädern und angemessene Preise für Parkplätze. In Amsterdam kostet ein AnwohnerInnenparkausweis über 500 Euro im Jahr, in Stockholm mehr als 800 Euro. Solche Preise sind angemessen – und nicht die in Deutschland üblichen rund 30 Euro. Erst wenn das Abstellen von Autos richtig teuer wird, werden viele Menschen auf einen eigenen Pkw verzichten und auf Alternativen umsteigen, etwa Car-Sharing.

Das Argument, dass die City-Maut sozial ungerecht ist, greift nicht, wenn sie mit einer drastischen Senkung der Preise für den öffentlichen Verkehr verbunden ist. Die ist überfällig. Abgesehen davon: Autofahren ist nur scheinbar billiger, als es Busse und Bahnen sind. Der Preis wird beim Autofahren auf die Gesellschaft umgelegt, die für Straßen- und Parkplatzbau, die Folgen von Unfällen und die Umweltbelastung aufkommt. Es ist nicht einzusehen, warum diese Kosten auf alle verteilt werden, die für das Nutzen von Bussen und Bahnen aber nicht.

wirtschaft + umwelt 12